



**Sicherheit**

**Der starke Rechtsstaat**

**beginnt vor Ort!**

**POLIZEI**

**OLIZE**

## Sicherheit – Der starke Rechtsstaat beginnt vor Ort

### Die Herausforderung

Wer sich in Bielefeld auf den Straßen und auf den Plätzen oder auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegt, soll dies angstfrei tun können. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis in einer Stadt. Bielefeld ist eine relativ sichere Stadt, soll es aber auch bleiben. Vor allem im öffentlichen Raum, z.B. im Bahnhofsumfeld, hat sich die gefühlte und tatsächliche Sicherheit in den letzten Jahren allerdings verschlechtert. Rot-Grün hat zu lange mit Maßnahmen gewartet und ist vor allem bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nicht konsequent. Das Rechtsempfinden vieler Bürgerinnen und Bürger wird beeinträchtigt, wenn die Parkräume immer intensiver bewirtschaftet werden, bei bestimmten Personengruppen Teile des Ordnungsrechtes aber gar nicht mehr durchgesetzt werden. Wir sehen im Bereich kommunaler Sicherheits- und Ordnungspolitik weiteren Verbesserungsbedarf, zumal unsere Initiativen und Vorschläge in diesem Themengebiet von Rot-Grün allenfalls spät und oft nur teilweise aufgenommen wurden.

### Unser Kompass

Wir wollen das Sicherheitsgefühl aller Bielefelder Bürgerinnen und Bürger stärken. Die beste Sicherheitspolitik ist präventiv. Wer bildungsfern aufwächst und keine Arbeit findet, ist auf Dauer chancenlos und wird schneller straffällig als Menschen, die ihren Platz im Leben gefunden haben. Der Dreiklang aus „bildungslos, joblos, chancenlos“ muss durchbrochen werden. Mit Sprachförderung, Bildung und Sport schaffen wir Lebens- bzw. Berufsperspektive und vermeiden dadurch das Abgleiten in Kriminalität.

Gesellschaftliche Entwicklungen stellen immer wieder neue Herausforderungen an die Gewährleistung von Sicherheit. Liberale Sicherheitspolitik bedeutet, ausgewogene Lösungen zu finden, ohne dabei die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum, Freiheit und informationelle Selbstbestimmung gegeneinander auszuspielen, sondern zwischen diesen abzuwägen. Der Schutz und die Durchsetzung des Rechtsstaats sind uns ein zentrales Anliegen, wir wollen dabei aber eine offene und freie Stadt bleiben, in der Freiheitsrechte nicht beengt werden.

### Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

246. **Recht durchsetzen, Brennpunkte sicherer machen.** Seit Jahren kommen Orte wie die Tüte, der Treppenplatz und der Kesselbrink nicht mehr aus den Schlagzeilen. Der massive Missbrauch von Alkohol und Drogen an diesen Plätzen ist ein Ausgangspunkt für Ordnungswidrigkeiten und Straftaten. Wir wollen hier ganzheitlich Konzepte umsetzen: Hilfen für Süchtige, konsequentes Vorgehen gegen Personen, die sich nicht an bestehende Gesetze und Verordnungen halten sowie Verhinderung einer zunehmenden Vermüllung und Verwahrlosung dieser Plätze durch stetige Reinigung.

247. **„No-Go-Areas“ verhindern.** Wir wollen sog. „Angsträume“ wie etwa Unterführungen und „dunkle Ecken“ unter anderem durch ausreichende Beleuchtung vermindern. Wir brauchen dazu eine Bestandsaufnahme von Unterführungen und Gehwegen, gerade auch in den Wohnquartieren, die fehlende Beleuchtungen aufweisen. In Kooperation mit moBiel ist ein Beleuchtungs- und Sichtkonzept zu erarbeiten, wie die Zuwege zu den Haltestellen sicherer gemacht werden können.
248. **Geschwindigkeitskontrollen zur Unfallvermeidung und nicht zur Haushaltsaufbesserung durchführen.** Intelligente Geschwindigkeitskontrollen und -beschränkungen gehören an Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen in Schwerpunktzeiten zur Steigerung der Verkehrssicherheit. Sie sind kein Mittel zur Haushaltskonsolidierung. Wir wollen daher Geschwindigkeitskontrollen auf tatsächliche Unfallschwerpunkte konzentrieren.
249. **Sauberkeit an Müllsammelstellen gewährleisten.** Aus Müllsammelstellen entwickeln sich häufig verwahrloste Flecken. Wir wollen, dass diese Problemstellen häufiger angefahren werden. Auch eine Schließung oder Verlegung problematischer Sammelstellen ist zu prüfen.
250. **Ordnungsamt stärken durch bessere Struktur.** Eine Verwaltung darf sich nicht selber im Wege stehen. Wir wollen hier durch die Konzentration / Umstrukturierung von Außendiensten Synergieeffekte erzielen. So können beim Außeneinsatz möglichst viele Dinge zusammen erledigt werden.
251. **Ordnungsamt stärken durch bessere Qualifikation und mehr Personal.** Die immer größer werdenden Aufgaben und Anforderungen werden zu Neueinstellungen gut ausgebildeter Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter führen müssen. Wir wollen durch ständige Fortbildung und Qualifizierung den bestehenden Mitarbeiterstamm fit machen für seine Arbeit.
252. **Ordnungsamt stärken durch bessere Ausrüstung und Ausstattung.** Wir wollen in die Ausrüstung und Ausstattung der Mitarbeiter investieren und mit einem modernen Fuhrpark die ständige Einsatzbereitschaft gewährleisten. Der Außendienst des Ordnungsamts soll als solcher erkennbar sein. Er übernimmt keine originär polizeilichen Aufgaben. Die Dienstkleidung und Ausrüstung wollen wir in enger Abstimmung mit den Beschäftigten überprüfen und jeweils der Einsatzlage anpassen.
253. **Ordnungsamt stärken durch längere Einsatzzeiten.** Wir wollen die Dienstzeiten des Ordnungsamtes erweitern: Sicherheit durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes muss rund um die Uhr gewährleistet sein.
254. **Ordnungsamt stärken durch Partnerschaft.** Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei im Rahmen der Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren und zu stärken. Initiativen, Vereine und andere Organisationen, die an Brennpunkten arbeiten, sind geeignet mit einzubeziehen.

255. **Schulhöfe als öffentliche Plätze erhalten.** Schulhöfe sind öffentliche Flächen und sollen grundsätzlich tagsüber als Spiel- und Naherholungsfläche zugänglich sein, auch am Wochenende und in den Ferien (s. Kapitel Bildung). Wir setzen auf die Verhinderung von Vandalismus durch eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes. Bestehende Einzäunungen sind jährlich zu überprüfen. Eine Videoüberwachung von Schulhöfen ist nur in Ausnahmefällen und nur nach Beschluss in Schulkonferenz, Bezirksvertretung und Rat zulässig und ebenfalls jährlich zu überprüfen.
256. **Präsenz statt Videoüberwachung.** Die FDP lehnt die flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze ab. Die Videoüberwachung ist eines der letzten Mittel zur Bekämpfung nachgewiesener Kriminalitätsschwerpunkte und muss sich auf diese zeitlich befristet beschränken. Mittel der Wahl ist eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt.
257. **Keine Alkoholverbote im öffentlichen Raum.** Wir wenden uns gegen Alkoholverbote im öffentlichen Raum. Problemen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum ist in erster Linie durch Maßnahmen des Außendienstes des Ordnungsamtes zu begegnen.
258. **Feuerwehr und Rettungsdienst stärken.** Beim Schutz unserer Bürger achten wir auch auf die Funktionsfähigkeit und Effizienz der haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren in guter Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des Katastrophenschutzes. Wir wollen eine wirtschaftlich sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und privaten Anbietern im Rettungs- und Krankentransport. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, weiter konsequent in notwendige Erweiterungen von Feuer- und Rettungswachen, Fahrzeuge und die Ausrüstung zu investieren. Auch muss das Ehrenamt, welches viele Bielefelder/-innen in diesen Bereichen ausüben, viel stärker gefördert und unterstützt werden.
259. **Parkbänke nummerieren.** Wir wollen, dass in Parkanlagen die Parkbänke nummeriert werden, damit Rettungs- und Einsatzkräfte bei einem Notfall schneller den Hilfesuchenden finden können.
260. **Prävention durch Jugendarbeit.** Kriminelle Karrieren verhindert man am besten, bevor diese überhaupt entstehen; dies bedarf Investitionen in die Kinder- und Jugendarbeit. Mit einer konstruktiven Arbeit an Schulen und in Freizeiteinrichtungen wollen wir Maßnahmen zur Aufklärungsarbeit gegen den Missbrauch von Alkohol und Drogen forcieren. Wir wollen mit Schule und Jugendamt gemeinsame Wege mit den Jugendlichen und ihren Familien gehen, um eingeschlagene „schlechte“ Wege wieder zu verlassen. Wir wollen der Verrohung unserer Gesellschaft in den Anfängen mit einer guten und stärkeren Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen entgegenwirken.